



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 13.09.2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Am Samstag letzter Woche retten staatliche und nicht-staatliche Rettungseinheiten 2.300 Fliehende aus dem Mittelmeer, sie waren in Libyen aufgebrochen.
<https://www.tagesschau.de/ausland/mittelmeer-fluechtlinge-gerettet-103.html> (11.09.16)
- Auf den griechischen Inseln sitzen insgesamt 13.000 Geflüchtete fest, jeden Tag erreichen 100 bis 200 Menschen Griechenland. Die Lager sind überbelegt, dennoch hatte Bundesinnenminister Thomas de Mazière vorvergänger Woche gefordert, die bisher ausgesetzten Abschiebungen nach Griechenland wieder einzuführen. Der griechische Staat ist komplett überfordert, lediglich ein Sechstel bis ein Viertel der gestellten Asylanträge werde überhaupt bearbeitet. Die Regierung plant nun, einige der Fliehenden auf das griechische Festland zu transferieren. Das Abkommen der EU mit der Türkei sieht das *Handelsblatt* als gescheitert an.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlinge-in-griechenland-abkommen-mit-der-tuerkei-funktioniert-nicht/14521596-2.html> (10.09.16)
- Laut Angaben von UNICEF sind weltweit ca. 28 Millionen Kinder und Jugendliche auf der Flucht.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-09/unicef-bericht-fluechtlinge-kinder-entwurzelt-bericht> (07.09.16)
- Die ungarische Regierung und die sie tragende Fidesz-Partei heizen vor dem Referendum über die Verteilung von Geflüchteten auf die EU-Mitgliedsstaaten die Stimmung gegen Asylsuchende mittels rassistischer Propaganda in Rhetorik und Plakaten an. Ungarn führt seit Anfang Juli die sogenannte „tiefe Grenzkontrolle“ durch. Fliehende können auch acht Kilometer nach Grenzübertritt aus Serbien noch aufgefangen und abgewiesen werden. Diesen Job übernehmen neben Grenzpolit*innen und Soldat*innen auch 3.000 sogenannte Grenzjäger*innen. Diese werden nach wenigen Tagen Training engagiert. Human Rights Watch hatte vor wenigen Wochen bereits dokumentierte Fälle von misshandelten Menschen publik gemacht, die auf diese Art nach Serbien zurückgeschickt wurden. Das Referendum sei zudem ohne juristische Bedeutung, so ein Politologe, die ungarische Regierung habe bereits gegen die geplante EU-Geflüchtetenquote gestimmt, es diene nur der Bestätigung des innenpolitischen Regierungskurses.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-und-die-fluechtlinge-das-ende-europaeischer-werte-a-1109887.html> (07.09.16)

- Frankreich und Großbritannien haben ein Sicherheitspaket verabschiedet, mit dessen Mitteln eine Mauer an der Zufahrtsstraße zum Eurotunnel in Calais errichtet werden soll. Zuvor hatten Kraftfahrer*innen und Landwirt*innen aus Calais protestiert und die Auflösung der Geflüchteten Camps gefordert. Ein britischer Logistikverband kritisiert das Vorhaben, es verlagere nur das Camp anstatt eine echte Lösung zu bieten.
<https://www.tagesschau.de/ausland/calais-fluechtlinge-117.html> (20160907)

Bund, Land, Kommune

- In Deutschland kommen weniger Fliehende an, 124.000 waren es bisher in diesem Jahr. Die Linke kritisiert, dass die Abschottungspolitik der Bundesregierung funktioniere, die Schließung der Balkanroute habe dazu geführt, dass Schutzsuchende kaum noch eine Chance auf Asyl hätten. Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums von ProAsyl gibt deren Geschäftsführer Günter Burkhardt bekannt, die Bundesarbeitsgemeinschaft habe wenig Anlass zum Feiern, angesichts von Asylrechtsverschärfungen über die Abriegelung europäischer Grenzen bis hin zum Deal zwischen der EU und der Türkei werfe die EU jegliche Humanität über Bord.
<http://www.taz.de/15334556/> (08.09.16)
http://www.deutschlandfunk.de/pro-asyl-rechte-der-fluechtlinge-werden-immer-weiter.447.de.html?drn:news_id=653891 (08.09.16)
- Weniger als 50% der aus Afghanistan Geflüchteten erhalten einen Schutzstatus in Deutschland, besonders betroffen sind Männer. Bundesregierung und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge begründen dies damit, dass es in Afghanistan sichere Regionen gäbe, die unter anderem von der Bundeswehr geschützt werden. Das UNHCR hält in einer Richtlinie gerade Männer für besonders gefährdet, da ihnen die Zwangsrekrutierung durch Taliban oder IS drohe. Deutschland missachtet somit offenbar die UN-Richtlinie obwohl die Sicherheitslage sich gravierend verschlechtert habe, so das Hilfswerk. Die Zahl der zivilen Opfer habe einen Rekordstand erreicht.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/afghanische-fluechtlinge-asyl-politisch-nicht-gewuenscht/14507730.html> (06.09.16)
- Nachdem es der bayerische Finanzminister Markus Söder forderte, legt nun sein Amtskollege des Inneren, Joachim Herrmann, nach und befürwortet Abschiebungen in Staaten, in denen Krieg und Verfolgung herrschen. Der Vorstand ihrer Partei CSU verfasst zudem ein Papier, in welchem unter anderem gefordert wird, die Zuwanderung aus dem „christlich-abendländischen Kulturkreis“ zu bevorzugen, außerdem sei Asyl nur auf Zeit zu vergeben.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/bayern-csu-will-vorrang-fuer-zuwanderer-aus-christlich-abendlaendischem-kulturkreis-1.3153027> (08.09.2016)
- Nachgezogene Familienmitglieder von in Deutschland anerkannten Geflüchteten finden sich laut Berichten des *BR* häufig im rechtlichen Nirgendwo wieder. Weder Kommunen noch Landratsämter fühlten sich für ihre Unterbringung zuständig. Vielen der Familien droht so die Obdachlosigkeit.
<http://www.br.de/nachrichten/oberbayern/inhalt/fluechtlinge-familiennachzug-wohnungssuche-100.html> (10.09.16)
- Die Zahl der Klagen gegen negative Asylbescheide ist in Sachsen stark angestiegen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres waren es bereits 2.625, im gesamten Vorjahr waren es 2.786.
<http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Klagen-gegen-abgelehnte-Asylantraege-steigen-in-Sachsen-drastisch-an> (09.09.16)
- In Dresden bietet seit Freitag das neu gegründete Psychosoziale Zentrum Therapie und Unterstützung für geflüchtete Menschen an. Das Zentrum betreut die Geflüchteten und

verweist sie gegebenenfalls an Ärzt*innen. Laut Leiterin Uta Kuntzsch ist davon auszugehen, dass etwa die Hälfte der Geflüchteten traumatisiert sei.

<http://www.mdr.de/sachsen/psychosozialeszentrum-oeffnet-in-dresden-100.html> (09.09.16)

Hintergrund und Meinung

- Minderjährige Geflüchtete benötigen besonderen Schutz und Zuwendung. Dies finden sie aber häufig nicht nachdem sie in Deutschland angekommen sind. Karsten Polke-Majewski beschreibt in seiner *Zeit*-Reportage, welchen Ängsten geflüchtete Kinder vor allem in Gemeinschaftsunterkünften ausgesetzt sind. Die Vereinten Nationen haben Mindeststandards für die Unterbringung von geflüchteten Kindern gesetzt von denen viele die Unterkunft Betreibende aber nicht einmal etwas wissen. Laut Expert*innen für psychosoziale Betreuung verstärken solche Unterbringungspraxen lediglich die Traumata der Kinder, schwere Schädigungen seien die Folge. Die politisch Verantwortlichen hätten sich auf die Erkenntnisse der bereits in den 90er Jahren geführten Debatte zur Unterbringung von Minderjährigen beziehen können, doch dies blieb aus. Die Gestaltung vieler Unterkünfte sei heute nur als strukturelle Gewalt zu bezeichnen. Dass daraus dann physische Gewalt resultiere, sei wenig überraschend, gerade bei Jungen. Für einige von ihnen sei Alkohol dann ein Ausweg. Die Unterstützung durch die Eltern, falls überhaupt bei den Kindern, falle dann oftmals auf Grund Erschöpfung und/ oder eigener Traumata gering aus, zudem müssten diese ein komplett neues Leben in einem für sie fremden Land organisieren. Sexuelle Übergriffe an Kindern wurden in Gemeinschaftsunterkünften registriert. Trotz zurückgehender Zahlen der Ankommenden, leben im Bundesgebiet annähernd 360.000 Menschen nach wie vor in Not- und Gemeinschaftsunterkünften. Zudem habe sich die Aufenthaltsdauer auch für Kinder erhöht. Gesetzlich vorgeschrieben sind drei Monate, häufig bleiben sie länger als sechs Monate in der Unterkunft. Ein Konzept zum Kinderschutz bei der Unterbringung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig scheiterte am politischen Widerstand ihrer Kabinettskolleg*innen und der Bundesländer. Das allgemeine, politische Ziel sei lediglich gewesen, Obdachlosigkeit zu vermeiden, die psychosoziale Versorgung von Kindern aber auch von Frauen, die von Gewalt betroffen sind, sei so auf der Strecke geblieben.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-09/fluechtlinge-kinder-deutschland-schutz/komplettansicht> (08.09.16)
- Isabel Schayani kommentiert in den *ARD Tagesthemen* das von der CSU vorgelegte Papier. Dies stehe fern von sachlichen und konstruktiven Vorschlägen. Asyl auf Zeit wie gefordert behindere die Integration. Burka und Scharia seien kaum Lebensrealität in Deutschland, ihre prononcierte Bedeutung in dem Papier schüre Ängste und zeichne eine polarisierte Welt zwischen Christentum und Islam. Doch Stimmungen helfen nicht, lediglich die AfD profitierten. Es mangle an sachlichen Argumenten. Was Ängste angeht, warte die AfD bereits zur Genüge auf.
<http://www.ardmediathek.de/tv/Tagesthemen/tagesthemen/Das-Erste/Video?bcastId=3914&documentId=37612404> (Video, Minute 10.44; 08.09.16)
- Seit Anfang des Jahres weist die Schweiz Fliehende an der Grenze zu Italien ab. In der Folge campieren hunderte Menschen (laut Zahlen von *SPON*) in Como. Die Fotografien von Mattia Vacca bei *Zeit Online* spiegeln ihre Lage wider.
<http://www.zeit.de/politik/2016-08/fluechtlinge-como-norditalien-grenzen-fs> (09.09.16)

Der SFR/ die RLCL als Akteur*in

- Der SFR hat im Juli einen Flyer mit Tipps, was gegen Abschiebungen unternommen werden kann, herausgebracht. Jetzt erst kommt Kritik durch den Ausländerbeauftragten Geert Mackenroth auf. Er bezieht sich vor allem auf einen Passus, in der Geflüchtete über ihre Rechte aufgeklärt werden, wenn sie in Linienflügen abgeschoben werden – vor allem ist

dies hier das Recht, verbal darauf aufmerksam zu machen, dass der*die Betroffene nicht freiwillig reise sowie die Information, dass Widerstand gegen Polizeibeamt*innen auf dem Weg zum Flugzeug zwecklos ist. Der Pilot*innenverband „Cockpit“ hat seine Mitglieder ebenso darauf hingewiesen, sicherzustellen, dass alle Fluggäste freiwillig mitfliegen. Der SFR ist hier seiner Informationspflicht nachgekommen. Dies erachtet der Verein als essentiell notwendig, da Abschiebungen immer ein gewaltsamer Akt gegen den Willen von Menschen sind, die selber entscheiden, in welchem Land sie leben wollen. Das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ (und die faktische Anwendung dieses Konzepts ohne Rechtsgrundlage im Falle der Maghreb-Staaten) seien zudem abzulehnen. Vorwürfe, der SFR trage mit Mitteln des Landes Sachsen dazu bei, Abschiebungen zu verhindern, laufen ins Leere. Konzept und Gestaltung des Flyers geschahen durch die Förderung von PRO ASYL und UNHCR. Der SFR hatte den Passus nach dem Erscheinen des Flyers von dessen Online-Version entfernt um möglicher Kritik Wind aus den Segeln zu nehmen – Wochen bevor Mackenroth jetzt Kritik äußerte. Dessen Partei, die CDU, zeichnet sich verantwortlich für eine rigide Abschiebepaxis bei der auch Familientrennungen in Kauf genommen werden. Eine Positionierung von Mackenroth blieb an dieser Stelle aus.

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/TOP-THEMA/Maghreb-Staaten-behindern-Abschiebungen-aus-Sachsen-artikel9628847.php> (12.09.16)

<http://www.mdr.de/sachsen/mackenroth-kritisiert-saechsischen-fluechtlingsrat-100.html> (12.09.16)

http://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/sendung684210_ipgctx-false_zc-171a0f60_zs-1638fa4e.html (Video; 12.09.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**